



WWF *for a living planet*

Illegaler Holzeinschlag und EU-Verordnung

WWF-Forderungen zur Bundestagswahl 2009

Illegaler Holzeinschlag: Einfuhren in die EU und nach Deutschland – für eine starke EU-Verordnung gegen die kriminelle Waldvernichtung

Vorschlag für eine Vereinbarung im Koalitionsvertrag der künftigen Bundesregierung:

Im Rahmen des internationalen und nationalen Waldschutzes muss dafür gesorgt werden, dass der Import, Handel und Besitz von Holz und Holzprodukten aus illegalen Quellen unterbunden wird. Dazu wird sich die Bundesregierung im so genannten „FLEGT“-Prozess der EU intensiv für eine zügige Verabschiedung und Umsetzung einer wirksamen EU-Verordnung einsetzen, die durch strenge Anforderungen, klare Kriterien und die Vermeidung von Schlupflöchern gekennzeichnet ist.

Worum geht es?

Illegaler Holzeinschlag stellt eine ernste Bedrohung für Wälder dar, da er den Prozess der Waldschädigung und Waldvernichtung fördert. Waldvernichtung ist weltweit für etwa 20 Prozent der CO₂-Emissionen verantwortlich, bedroht eine große und weiter wachsende Anzahl von Waldökosystemen sowie Tier- und Pflanzenarten und verhindert nachhaltige Waldwirtschaft und Entwicklung.

Schätzungen der Weltbank zufolge könnte Ländern mit großen Waldbeständen durch illegale Machenschaften jährlich ein Verlust von 15 Milliarden US-Dollar entstehen¹, ein Zehntel des Wertes des weltweiten Holzhandels. Die wirtschaftlichen Schäden des andauernden Waldverlustes sind im Vergleich zum Nutzen der lebenswichtigen Umweltleistungen - wie etwa die Speicherung von Kohlenstoff oder das Vorhalten von Genmaterial in der Flora und Fauna des Waldes² - sogar noch höher.

Als Großabnehmer von Holz, von dessen Gesamteinfuhren schätzungsweise 16 bis 19 Prozent illegal geschlagenen wurden³, ist die EU in der Pflicht, jetzt zu handeln, um das Problem des illegalen Holzeinschlags mit seinen weit reichenden ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen anzugehen: Auf EU-Ebene bedarf es einer wirkungsvollen Gesetzgebung, um zu gewährleisten, dass nur Holz und Holzprodukte aus legalen Quellen auf den EU-Markt gelangen. Eine solche Gesetzgebung kann und muss den Anteil der Mitgliedsstaaten sowie der hier operierenden Unternehmen an der illegalen Waldzerstörung beseitigen und damit ein Beispiel geben für andere Holzeinfuhrstaaten auf der Welt.

Nach sechsjähriger Diskussion im Rahmen des im Jahr 2003 gestarteten EU-Aktionsplans FLEGT (Forest Law Enforcement, Governance and Trade) hat die EU-Kommission im Herbst 2008 endlich einen Verordnungsvorschlag vorgelegt, der den Besitz und Handel von Holz aus illegalen Quellen unterbinden soll. Er war jedoch völlig unzureichend und wurde im April 2009 vom Europaparlament in fast allen wichtigen Punkten präzisiert und verschärft. Nun wird im EU Ministerrat darüber weiterverhandelt.

¹ A Revised Forest Strategy for the World Bank Group, October 2002.

² UN Millennium Ecosystem Assessment, 2005.

³ Illegal wood for the European market:
http://www.panda.org/about_wwf/where_we_work/europe/what_we_do/wwf_europe_environment/initiatives/forests/forests_publications/index.cfm?uNewsID=143421



Deutschland kommt dabei eine besondere Rolle zu, und das nicht nur, weil es das Land mit der stärksten Wirtschaft in der EU ist. Es gibt hier bisher überhaupt keine gesetzliche Grundlage, um die Einfuhr, den Handel oder die Weiterverarbeitung von illegalem Holz zu unterbinden. Anfang 2006 verwarf die Große Koalition sogar ein noch unter Rot-Grün geplantes „Urwaldschutzgesetz“, das diese Aufgabe erfüllen sollte, mit Hinweis auf die bald zu erwartende europäische Regelung.

Forderungen des WWF Deutschland

Der WWF fordert deshalb von der Bundesregierung, dass sie sich im FLEGT-Prozess intensiv für eine zügige Umsetzung einer schlagkräftigen EU-Verordnung einsetzt, die den Import, Handel und Besitz illegaler Holzprodukte tatsächlich unterbindet.

Damit die beabsichtigte Verordnung überhaupt die notwendige Wirkung zeigen kann, muss der Kommissionsentwurf auf Basis der EU-Parlamentsentscheidung auf fast allen Ebenen maßgeblich konkretisiert, erweitert und verschärft werden. **Der WWF fordert eine Verordnung, die umfassend, anspruchsvoll, einheitlich und abschreckend gestaltet ist** – eine gesetzliche Regelung, mit deren Hilfe illegal geschlagenes oder gehandeltes Holz nahezu komplett vom Markt ausgeschlossen werden kann. Nur so kann die Zustimmung von Organisationen wie des WWF zur Verordnung und das Vertrauen der Verbraucher in die legale Herkunft von Holz und Holzprodukten erreicht werden.

Wir fordern daher von der neuen Bundesregierung, dass sie eine Verordnung durchsetzt, die folgende konkrete Verbesserungen enthält:

1. Schaffung spezifischer Straftatbestände für Vergehen.
2. Erweiterung des Geltungsbereiches auf alle Marktteilnehmer in der EU.
3. Verschärfung der Anforderungen für die Sorgfaltsprüfung.
4. Einbindung aller relevanten Rechtsvorschriften zur legalen Beschaffung im Herkunftsland.
5. Festlegung von EU-Richtlinien für die Verhängung von Strafen und für das Durchsetzungsverfahren.
6. Einrichtung einer Kontrollebene durch finanziell und rechtlich unabhängige Überwachungsorganisationen und staatliche Behörden.
7. Schließen von Gesetzeslücken, durch die bestimmte Holzprodukte nicht erfasst werden.

Weitere Informationen erhalten Sie von:

Nina Griesshammer,
Referentin für Forstpolitik und Tropenwald, WWF Deutschland,
Tel.: +49 69/7 91 44-1 94, Fax: +49 69 617 221, nina.griesshammer@wwf.de